FDP
in Rheine
Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Rheine, den 20.05.2007

Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss und Sozialausschuss der Stadt Rheine

Die FDP-Fraktion beantragt wegen der erhöhten Kostenbeteiligung (die Nachzahlung für 2006 beträgt 447.000 EUR) und wegen der unterdurchschnittlichen Vermittlungsergebnisse durch die GAB (Gesellschaft für Arbeit und Beschäftigung) für die von der Stadt Rheine betreuten SGB II-Empfänger eine Arbeitsgruppe einzurichten.

Die Arbeitsgruppe hat sich mit folgenden Arbeitsfeldern zu beschäftigen:

1. Kostensituation der Stadt Rheine nach dem SGB II im laufenden Jahr 2007

2. Einrichtung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen in der Stadt Rheine unter folgenden Zielrichtungen:

   a) Qualifizierung und Beschäftigung von arbeitsmarktnahen Personen
   Hierdurch wird sowohl den Bedürfnissen von Rheinenser Bürgern, als auch von Rheinenser Vereinen für die Verschönerung des Stadtbildes entsprochen (z.B. Stadtpark, Walshagenpark, Tierpark, Hünenborg, Waldhügel).

   b) Einrichtung von kombinierten Maßnahmen
   Das Nachholen eines Hauptschulabschlusses und Heranführen an regelmäßige, berufliche Qualifizierungs- und Beschäftigungsverhältnisse für arbeitslose Jugendliche ohne Hauptschulabschluss und ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

   c) Einrichtung von kombinierten Sprach- und Beschäftigungsmaßnahmen für arbeitslose SGB II-Empfänger mit Migrationshintergrund

3. Beobachtung des regionalen Arbeitsmarktes und Ausschöpfen der in Rheine und im Kreis Steinfurt vorhandenen Qualifizierungsmöglichkeiten (z.B. Schweißwerkstätten), um der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu entsprechen und die z.Zt. vorhandenen Integrationschancen auch für Arbeitslose nach dem SGB II zu optimieren.

Begründung:

Durch die Nachzahlung von 447.000 EUR für 2006 und die erhöhte Kostenbeteiligung für das Jahr 2007 entstehen der Stadt Rheine erheblich höhere Ausgaben als im Haushalt 2007 veranschlagt, sodass sich ein erheblicher Fehlbetrag ergibt. Diese Kostenbeteiligung soll aufgrund des Gesetzes erfolgen, welches vor dem Hintergrund der Vorstellung erlassen wurde, dass die Gemeinde die Höhe der Aufwendungen selbst beeinflussen kann, weil die Vermittlung in Arbeit und Qualifizierungsmaßnahmen in ihren Händen liegt. Tatsächlich übernimmt diese Aufgaben im Kreis Steinfurt aber die GAB.

Leider sind die Verhandlungen auf Kreisebene im Hinblick auf eine, für die Stadt Rheine, wesentlich günstigere Lösung gescheitert und somit wird die Stadt Rheine zu 50% zu den Aufwendungen herangezogen.

Die im Jahresbericht 2006 formulierten Ziele der Arbeitsmarktpolitik im Kreis Steinfurt (Jahresbericht 2006, Seite 5, Absatz 5 ff.) werden in Rheine nicht erreicht. Während im Kreisgebiet im Jahresverlauf 2006 37% Integrationen in Arbeit der Bedarfsgemeinschaften erreicht wurden - der Spitzenwert lag in Saerbeck bei 69% - wurden in Rheine lediglich 29% in Arbeit gebracht (Jahresbericht 2006, Tabelle Seite 21).

Um weiteren finanziellen Schaden von der Stadt Rheine und ihren Bürgern abzuwenden besteht in der Umsetzung des SGB II ein deutlicher Handlungsbedarf.

Alfred Holtel